

Unsere Gründe und Argumentation

Familienergänzende Kinderbetreuung ist entscheidend für die Gleichstellung der Geschlechter und die Chancengleichheit der Kinder. Dazu muss sie für alle zugänglich und qualitativ hochwertig sein. Denn gerade die Corona-Krise hat einmal mehr bestätigt, dass die familienergänzende Kinderbetreuung kein nice-to-have, sondern systemrelevant ist. Die familienergänzende Kinderbetreuung ermöglicht es allen Elternteilen unabhängig von der Verfügbarkeit von Grosseltern oder anderen familieninternen Betreuungsmöglichkeiten erwerbstätig zu sein. Zudem ist der Nutzen der frühkindlichen Bildung und Betreuung durch professionelle Fachkräfte für die Chancengleichheit hoch. Sie dienen dem Kindeswohl und ermöglichen eine kindgerechte Förderung der sozialen, kognitiven und emotionalen Fähigkeiten der Kinder.

Gleichzeitig ist die familienergänzende Kinderbetreuung heute geprägt von Spardruck, Platzmangel, Zeitdruck und prekären Arbeitsbedingungen und sehr oft ist sie auch profitorientiert. Die Kosten der Kitas sind für viele Familien eine grosse Belastung. Die finanzielle Unterstützung vom Staat ist nicht kostendeckend. Die Fachkräfte in der Kinderbetreuung wehren sich gegen mangelnde Wertschätzung für ihre Arbeit, tiefe Löhne, zu wenig Personal und chronische Unterfinanzierung. Unter dem Kostendruck leidet auch die Qualität, wenn der Betreuungsschlüssel schlecht ist und die Betreuer*innen gestresst sind oder aufgrund der Arbeitsbedingungen ihre Anstellung nach kurzer Zeit wieder kündigen.

Der Kanton Basel-Stadt gewährleistet in seiner Verfassung (in § 11 Abs. 2) Eltern das Recht auf eine familienergänzende Tagesbetreuungsmöglichkeit. Diese muss gemäss dem Artikel den Bedürfnissen der Kinder entsprechen und zu finanziell tragbaren Bedingungen zur Verfügung stehen.

Um dieses Recht sicherzustellen, braucht es nicht nur mehr Plätze, sondern bessere Arbeitsbedingungen, stabile Finanzierung und Qualitätsstandards sowie Betreuungsschlüssel, bei denen nur ausgebildete Fachkräfte angerechnet werden und diese jeweils für nicht mehr als 4 Kinder zuständig sind.

Die Unterzeichnenden fordern, dass Familien- und schulergänzende Betreuung künftig unentgeltlich als Teil des Service Public allen Kindern zur Verfügung stehen soll.